

NEUE GEOPOLITIK AM BALKAN:

WIE DRITTSTAATEN WIE CHINA UND RUSSLAND ZUR
AUTOKRATISIERUNG UND NEUEN UNSICHERHEITEN
BEITRAGEN UND DIE FRAGILE SICHERHEITSORDNUNG
BEDROHEN

Vedran Dzihic, Thomas Eder und Veronika Nechaeva

EXECUTIVE SUMMARY

This working paper examines the current further deterioration of the security situation, the decline in the influence of the EU and the turning away from democracy in the geopolitical and ideological marketplace of the Western Balkans. It problematizes the partly gradual (EU) and partly radical and abrupt (USA under Trump II) transition of the transatlantic West from normative ideas to transactionalism. The authors of the paper outline the assessments and intentions of the increasingly autocratic leaderships in Belgrade and Banja Luka, analyze the role and influence of Beijing and Moscow and discuss the implications of this for the EU.

The Chinese leadership sees Serbia (alongside Hungary) as an anchor of a new China-led world order in Europe. This working paper shows the projects with which China became a larger investor in Serbia in 2023 and 2024 than the entire EU-27. However, it also draws a correlation with Serbia's adaptation to China's foreign policy decisions, which suggests that Belgrade is increasingly accepting Beijing's conditionality here. In the narrative of the Chinese experts and the regimes in Serbia and Republika Srpska, there is a great deal of agreement - both warn against protests and the opposition as being part of Western "colorful revolution" efforts.

As a traditionally strong partner of the Serbs in the region, Russia remains very popular and present. However, Russia's policy in the Balkans has been rather reactive in recent years and primarily focused on preserving former channels of influence through disinformation, intelligence activities and energy supplies. Russia is using ethno-religious nationalist arguments to help bring Serbia closer to the BRICS group of states, which is attractive due to China's economic rise.

Political elites in Belgrade and Banja Luka are trying to use so-called "third actors" such as China and Russia in transactional hedging in order to secure their personal positions and power. Intensive and sustained media campaigns have influenced public opinion in the respective populations against the West and in favor of China and Russia. Opinion polls correlate with increasingly positive attitudes towards autocratic systems.

While Serbia's President Vučić and the President of Republika Srpska Dodik can rely more heavily on China and Russia and push ahead with the dismantling of democracy and immunize themselves against protests, the risk of active border revisionism and also the danger for KFOR and EUFOR troops in Bosnia-Herzegovina and Serbia increases. For the next ten years, the authors draw the following scenarios: 1) status quo and gradual loss of EU influence, 2) new geopolitical battlefield in the Western Balkans and Serbia's accession to BRICS, 3) resurgence of the EU and democratic change in Serbia.

KEYWORDS:

Serbien, Bosnien und Herzegowina, Westbalkan, Geopolitik, EU, China, Russland, Autokratisierung

ZUSAMMENFASSUNG

Das vorliegende Arbeitspapier beleuchtet die aktuelle erneute Verschlechterung der Sicherheitslage, den Einflussverlust der EU und die Abkehr von der Demokratie auf dem geopolitischen und ideologischen Marktplatz des Westbalkans. Es problematisiert den teils schleichenden (EU), teils radikalen und abrupten (USA unter Trump II) Übergang des transatlantischen Westens von normativen Vorstellungen zum Transaktionalismus. Die Autor:innen des Papiers legen die Einschätzungen und Intentionen der zunehmend autokratischen Führungen in Belgrad und Banja Luka dar, analysieren die Rolle und den Einfluss von Beijing und Moskau und diskutieren deren Auswirkungen auf die EU.

Die chinesische Führung sieht Serbien (neben Ungarn) als Anker einer neuen Weltordnung unter chinesischer Führung in Europa. Dieses Arbeitspapier zeigt, mit welchen Projekten China in den Jahren 2023 und 2024 zu einem größeren Investor in Serbien wurde als die EU-27 insgesamt. Es zeichnet aber auch eine Korrelation mit der Anpassung Serbiens an Chinas außenpolitische Entscheidungen, die nahelegt, dass Belgrad hier zunehmend die Konditionalität Beijings akzeptiert. Im Narrativ der chinesischen Expert:innen und der Regime in Serbien und der Republika Srpska gibt es eine große Übereinstimmung - beide warnen unisono vor Protesten und Opposition als allesamt Teil westlicher „Farbrevolutions“-Bemühungen.

Russland als traditionell starker Partner der Serb:innen in der Region bleibt weiterhin sehr populär und auch präsent. Allerdings wirkt die russische Politik auf dem Balkan in den letzten Jahren eher reaktiv und konzentriert sich vor allem auf die Aufrechterhaltung früherer Einflusskanäle durch Desinformation, nachrichtendienstliche Aktivitäten und Energielieferungen. Mit ethno-religiös-nationalistischen Argumenten trägt Russland dazu bei, Serbien an die durch den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas attraktive Gruppe der BRICS-Staaten heranzuführen.

Die Machthaber in Belgrad und Banja Luka versuchen im Rahmen eines transaktionalen Hedging, so genannte „Third Actors“ wie China und Russland zu nutzen, um ihre persönlichen Positionen und ihre Macht zu sichern. Durch intensive und anhaltende Medienkampagnen konnte das Meinungsbild der jeweiligen Bevölkerungen gegen den Westen und für China und Russland beeinflusst werden. Meinungsumfragen zeigen korrelierend immer positivere Einstellungen zu autokratischen Systemen. Während sich der serbische Präsident Vučić und der Präsident der Republika Srpska Dodik verstärkt auf China und Russland stützen können und den Demokratieabbau vorantreiben und sich gegen Proteste immunisieren, steigt die Gefahr eines aktiven Grenzrevisionismus und auch die Gefahr für die KFOR- und EUFOR-Truppen in Bosnien-Herzegowina und Serbien. Als mögliche Entwicklungen für die nächsten Jahre zeigen die Autor:innen drei mögliche Szenarien auf: 1) Status quo und allmählicher Einflussverlust der EU, 2) neues geopolitisches Kampffeld Westbalkan und BRICS-Beitritt Serbiens, 3) Wiedererstarben der EU und demokratischer Wandel in Serbien.

CONTENTS

EINLEITUNG	6
REIHT SICH SERBIEN IN DIE CHINESISCHE WELTORDNUNG EIN?	8
AGIERT RUSSLAND MEHR REAKTIV UND ALS JUNIORPARTNER CHINAS?	11
INNERSTAATLICHE INSTRUMENTALISIERUNG VON „THIRD ACTORS“ IM GEOPOLITISCHEN VAKUUM ERHÖHT DAS RISIKO FÜR NEUE KONFLIKTE AM WESTBALKAN	14
DIE GEOPOLITISCHEN VERÄNDERUNGEN BRINGEN SCHWERWIEGENDE KONSEQUENZEN	18
DREI SZENARIEN FÜR KURZ- UND LANGFRISTIGE GEOPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN AM WESTBALKAN	20
BIBLIOGRAPHY	23

AUTOR:INNEN

Dr. Vedran Dzihic

ist Senior Researcher am oiip und Lektor an der Universität Wien. Er ist weiters non-resident Senior Fellow am Center for Transatlantic Relations, School of Advanced International Studies, John Hopkins University, Washington D.C. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Demokratietheorie und Demokratisierungsprozesse, Europäische Integration, Konfliktforschung, Zivilgesellschaft und Protestbewegungen, Außenpolitik und Nationalismus. Sein regionaler Fokus liegt auf Ost- und Südosteuropa mit besonderem Schwerpunkt auf dem Balkan und auf den USA. Er hat zu diesen Themengebieten zahlreiche Bücher, Artikel und Analysen verfasst und kommentiert ebenfalls regelmäßig in internationalen und nationalen Medien.

Dr. Thomas Eder

ist Post-Doc Researcher am oiip. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Chinas Außen- und Sicherheitspolitik, China und Völkerrecht, sowie europäische und US-amerikanische China-Politik. Er hat zu diesen Themengebieten zwei Bücher, und zahlreiche Artikel und Analysen verfasst und kommentiert regelmäßig in nationalen und internationalen Medien. Vor seiner Zeit am oiip, hat er bei internationalen Think Tanks, an den Universitäten Wien und Hongkong, und im österreichischen Außenministerium gearbeitet. Er hat an der Universität Wien, der Peking Universität und der Universität Hongkong studiert, war Gastforscher an der Academia Sinica und der NYU, und hat in China mehrfach Feldforschung betrieben.

Veronika Nechaeva, MA

war Volontärin am oiip im Wintersemester 2024/25. Sie hat 2024 das DLG-Programm an der Diplomatischen Akademie Wien abgeschlossen und führte anschließend ihr Masterstudium dort fort. Ihre akademischen Bemühungen konzentrieren sich auf das Thema der Untersuchung und Analyse internationaler Konflikte durch das Prisma der Kulturwissenschaften und der internationalen Kommunikation sowie auf die Entwicklung einer Methodologie für deren frühzeitige Prävention. Der geopolitische Aspekt ihrer Forschung befasst sich in erster Linie mit der Entstehung und Verteilung von Einflussphären sowie deren Veränderung. Der regionale Forschungsvektor zielt darauf ab, Schlüsselanreize für alle Teile Europas (einschließlich des Post-Putin-Russlands) bei der Gestaltung der künftigen gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur.

EINLEITUNG

Sogenannte „Third State Actors“ wie China oder Russland haben die Region des Westbalkans im letzten Jahrzehnt in einen geopolitischen und teilweise auch ideologischen Marktplatz verwandelt (Bieber/Tzifakis 2020 und Bieber 2024). Die unmittelbare Zeit nach dem Ende des letzten Krieges auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien im Kosovo 1999 war von einer Dominanz des Westens - der USA und der EU-Staaten - geprägt. Die EU etablierte gerade in einer Nachbarschaftsregion wie dem Westbalkan eine Politik, die weit hinaus über das klassische militärische Verständnis von Geopolitik hinausging und klassische Sicherheitsinteressen mit dem langfristigen normativen Ziel der EU-Integration verband. Sie präsentierte sich als zivile Kraft, die sich in ihrem Handeln gegenüber anderen Staaten und Regionen in der Nachbarschaft von liberalen Normen und Werten leiten ließ (Haukkala, 2008). Mit der Zunahme der Krisen in Europa in den letzten 15 Jahren ging jedoch auch eine zunehmende Schwächung der normativen Strahlkraft der EU einher, die sich auf dem Balkan in einer Mischung aus Erweiterungsmüdigkeit und Stabilitätskrise niederschlug (siehe Bieber 2018). Mit dem parallel verlaufenden Wiedererstarken Russlands unter Putin und Chinas unter Xi Jinping begann sich sowohl global als auch in kleineren Regionen wie dem Westbalkan eine neue Ära der Konkurrenzverhältnisse zu etablieren. Die klassische Geopolitik kehrte schrittweise zurück, um mit dem Beginn des russischen großflächigen Angriffs auf die Ukraine und zuletzt wohl auch mit der Übernahme der US-Präsidentschaft durch Donald Trump auch am Balkan Einzug zu halten. All dies führt zu neuen Unsicherheiten und einer neuen geopolitischen Unvorhersehbarkeit am Westbalkan.

Die globalen Konkurrenzverhältnisse spiegeln sich in den letzten Jahren zunehmend auch auf dem Westbalkan wider. Die strategischen Interessen der externen Akteure sind dabei sehr unterschiedlich. Neben der EU und den USA ist der Einfluss Russlands und Chinas in der Region am stärksten ausgeprägt. Russland unter Putin verfolgt vor allem strategisch-politische Interessen einschließlich eigener Sicherheitsinteressen, die stark mit Desinformation und Propaganda einhergehen. Die lokalen und meist autoritär agierenden Akteure, vor allem in Serbien und Bosnien und Herzegowina, stützen sich auf Russland politisch und versuchen, sich mit pro-russischen Narrativen gegen den Westen zu positionieren. China war bislang vor allem im Bereich der Infrastruktur und Wirtschaft aktiv, tritt aber in den Jahren seit der Covid19-Pandemie durchaus auch politischer auf. Sowohl China als auch Russland fordern den Westen und die EU direkt oder indirekt heraus – einerseits politisch und wirtschaftlich, andererseits auch als normatives Vorbild – für die Entwicklung von Gesellschaften.

Der russische Aggressionskrieg in der Ukraine hat zu neuen Trennlinien in der Region geführt. Vor allem Serbien, das größte Land des Westbalkans und durchaus paradigmatisch für den Umgang mit „Third State Actors“, steht seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Als offizieller EU-Beitrittskandidat ist Serbien neben dem in Europa stark isolierten Weißrussland bis heute das einzige Land in Europa, das keine Sanktionen gegen die Russische Föderation verhängt hat. Einige Autoren gehen sogar so weit zu behaupten, dass Russland mit Hilfe Serbiens auf dem Westbalkan eine Art „hybriden Krieg“ gegen den Westen führt.

(Stradner 2023) Der serbische Präsident, Aleksandar Vučić, der Serbien im letzten Jahrzehnt in ein Paradebeispiel eines „kompetitiv autoritären“ Regimes verwandelt hat, betreibt eine Politik des strategischen Taktierens und Abwägens zwischen dem Westen – der EU und den USA – und Russland und China. Auch der starke Mann in der Republika Srpska, Milorad Dodik, setzt stark auf die russische Unterstützung und versucht, sich als ein wichtiges Glied in der Kette einer neuen „autoritären Allianz“ zu positionieren (Applebaum 2024).

In der vorliegenden Analyse arbeiten wir die Konturen und die zentralen Strukturprinzipien des Engagements und der Politik von Russlands und Chinas in der Westbalkanregion heraus. Wir analysieren parallel dazu die lokalen Dynamiken des geopolitischen Taktierens (Hedgings) Kakachia/Lebanidza/Kakabadze 2024)) der Regime in Serbien und in der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina. Eine wichtige Frage, der wir in diesem Papier nachgehen, ist die nach den neuen geopolitischen Verschiebungen im Zuge der russischen Aggression gegen die Ukraine und der neuen Außenpolitik der USA gegenüber der EU und Russland. Die lokale Widerspiegelung und Dynamik der globalen Systemkonkurrenzverhältnisse haben – so eine zentrale These des vorliegenden Papers – dazu geführt, dass die Schwächen der von der EU und den USA vorangetriebenen Demokratisierungs- und Europäisierungsbemühungen auf dem Westbalkan deutlich sichtbarer geworden sind. Der weiterhin wesentliche Zug in der Politik der EU gegenüber der Region ist von Stabilitokratie¹ und einer transaktionalen Politik geprägt, die nun mit Trump, der für erratische und transaktionale Politik der machtpolitischen „Deals“ bekannt ist, sich zu verstärken droht. Die lokalen Akteure, vor allem jene, die autoritär agieren und Sympathien für Trump hegen, fügen sich dabei nahtlos in den anti-westlichen Diskurs der neuen autoritären Allianzen ein. Sie nutzen zunehmend das neue geopolitische Vakuum in der Region, um den Westen immer vehementer herauszufordern (Milorad Dodik) bzw. den autoritären Kurs im Inneren zu stärken (Vucic in Serbien angesichts der massiven Studentenproteste).

Die Entwicklung eines „autoritären Gleichgewichts“ (Maliqi 2023) auf dem Westbalkan in den letzten Jahren wäre ohne das Zutun Russlands und Chinas und die Strahlkraft der beiden autoritären Gesellschaftsmodelle – hier unter dem Begriff der „autoritären Diffusion“ diskutiert – nicht möglich gewesen. Die neue geopolitische Konstellation trägt heute dazu bei, dass sich das geopolitische Vakuum am Westbalkan vertieft und zwei Folgen nach sich zieht einerseits die Zunahme von Instabilität und Erhöhung der Wahrscheinlichkeit für Unruhen und Gewalt in der Region, andererseits die Stärkung einer immer repressiver agierenden und deutlich weniger kompetitiven Autokratie. Die normative Orientierung Richtung der derzeit schwächelnden EU (Janning 2025, IP März/April 2025) wird zunehmend von einer normativen Umorientierung entlang der neuen machtpolitischen und geopolitischen Koordinaten der Welt abgelöst. Hier drängt sich für die Staaten des Westbalkans und am deutlichsten für Serbien China als mögliches neues wirtschaftliches, aber auch gesellschaftspolitisches Modell auf.

Vor dem Hintergrund der Einsichten in die neuen geopolitischen Gegebenheiten am Westbalkan

¹ Mit dem Begriff der „Stabilitokratie“ wird der Umstand bezeichnet, dass die EU aus pragmatischen Überlegungen auf Zusammenarbeit mit Autokraten setzt, um die Stabilität in der Region nicht zu gefährden, zugleich aber auch ein Auge bei Verletzungen der Medienfreiheiten, dem Abbau des Rechtsstaates und bei Korruption zudrückt.

entwickeln wir im letzten Teil des Papers drei mögliche Szenarien für die Zukunft der Region.

REIHT SICH SERBIEN IN DIE CHINESISCHE WELTORDNUNG EIN?

Für China ist Serbien ein Anker der neuen China-geführten Weltordnung in Europa. Den Anspruch darauf, die Reform der globalen Ordnung anzuleiten stellt China seit 2017 explizit (Quartz 2017). Serbien hat die seither entwickelten Reformkonzepte und -bemühungen oft als erster oder einziger Staat unter den EU-Staaten und Beitrittskandidaten unterstützt bzw. diese Rolle mit Ungarn geteilt. Bereits 2013 hatte der damals neue Generalsekretär Xi Jinping die „Neue Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative) ins Leben gerufen. Dabei geht es um eine stärkere wirtschaftliche Integration verschiedener Weltregionen mit China, sowie um politische Koordination und Einfluss. Schon damals positionierte sich Serbien als größter Unterstützer der chinesischen Initiative in Europa. Das bedeutete ein frühes Unterzeichnen einer politischen Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) gemeinsam die Neue Seidenstraße voranzutreiben, höchstrangige Besuche der regionalen 16+1 Gipfel Chinas mit Zentralosteuropa und der großen Seidenstraßengipfel in Beijing, sowie eine Vorreiterrolle bei der Teilnahme an neuen Teilinitiativen wie der „Digitalen Seidenstraße“ (einschließlich der prominenten Rolle von Huawei bei „Smart Cities“ und Überwachung in Serbien). Die dahingehende Rolle Serbiens für Chinas Pläne und seine günstige geografische und handelsrechtliche Position neben der EU, führten auch zu stärkerer diplomatischer Deckung und wirtschaftlichen Impulsen durch China.

Chinas wirtschaftliche Beziehungen mit dem Westbalkan sind stark auf Serbien fokussiert, für das China zu einem wichtigen Handelspartner geworden ist. Beide haben ein Freihandelsabkommen abgeschlossen, das am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist und zu einer weiteren deutlichen Intensivierung der Handelsbeziehungen beitragen soll (State Council 2024b). Im Jahr 2024 betrug das bilaterale Handelsvolumen 5,73 Milliarden Dollar (2015 waren es 548,83 Millionen Dollar); mit Albanien waren es für China 2024 1,34 Milliarden Dollar, mit Nordmazedonien 490 Millionen Dollar, mit Bosnien-Herzegowina 417 Millionen Dollar, und mit Montenegro 226 Millionen Dollar (General Administration of Customs of the PRC 2025). Der Kosovo taucht in der chinesischen Statistik nicht auf, da er von China nicht als Staat anerkannt wird. Auch bei den Auslandsdirektinvestitionen chinesischer Unternehmen in den Westbalkan-Staaten, sowie bei den chinesischen Krediten floss bisher der größte Teil nach Serbien (Zeneli 2023).

Im Vergleich mit der EU ist China für Serbien ein deutlich weniger wichtiger Handelspartner, aber ein schnell aufholender Investor. Von Jänner bis Oktober 2024 stand die EU weiterhin für 61,5% der serbischen Exporte und 56,3% der Importe; China nur für 6,1% der Exporte und 13,1% der Importe (Statistical Office of the Republic of Serbia 2024). Bei den kumulativen Auslandsdirektinvestitionen in Serbien bis Dezember 2023 lag China bei 10,5%, was inzwischen etwas höher sein dürfte. Zum Vergleich stehen Deutschland für 13,5%, Italien für 11,7%, die USA für 10,9%, Russland für 10,9%, Frankreich für 8,5% und Österreich für 7,3% (Development Agency of

Serbia 2024). Hier bauen chinesische Investoren ihre Position auch schnell aus. In den Jahren 2020 bis 2022 war China der wichtigste Einzelstaat für Auslandsdirektinvestitionen in Serbien (22% der Gesamtflüsse, siehe OECD 2024), 2023 lag es sogar vor den EU-27 insgesamt (Vladislavljev 2023), und 2024 setzt sich der Investmentreigen fort. Das Größenverhältnis zur EU hat sich u.a. deshalb gedreht, weil europäische Investoren weniger aktiv waren. Insgesamt konnte Serbien erst 2023 nach langer Anstrengung wieder fast auf das Investitionsniveau von 2011 zurückkommen (etwa 4,9 Milliarden Dollar) (Macrotrends 2024).

Damit spielt China eine erheblich bedeutendere Rolle für Serbien als etwa für Bosnien-Herzegowina. Dort war China in den Jahren 2023 und Jänner-Oktober 2024 unter den Export-Partnern überhaupt nicht relevant und stand für etwa 10% der Importe (Agency for Statistics of Bosnia and Herzegovina 2024; Lloyds Bank 2023). China war auch noch nicht unter den bedeutendsten Investoren in der kumulativen Statistik (Österreich 16,1%, Kroatien 15,5%, Serbien 12,5%, Slowenien 7,3% und Deutschland 5,6%) (US Department of State 2024). Generell lag Chinas Fokus mit der „Neuen Seidenstraße“ am Westbalkan auf der Vergabe von (teils großen) Krediten (aber im Gegensatz zur EU keine relevanten Zuschüsse („grants“); Jovanović and Stojadinović 2025) im Austausch gegen Bauaufträge für chinesische Unternehmen. Das betraf auch Montenegro und Nordmazedonien, wo seit Jahren keine neuen Investitionen bzw. Kreditvergaben in substantiellem Ausmaß erfolgt sind. Direktinvestitionen in Serbien sind ein neuer und exklusiver Trend.

China investierte auch 2024 stark in Serbien, baute vorhandene Projekte aus und verschob den Fokus in Richtung erneuerbare Energien, Petroleumprodukte sowie Batterie- und Automobilsektor. Zijin Mining und Hesteel Group modernisierten weiter die Kupfer- und Stahlproduktion in Bor und Smederevo und Linglong die Reifenfabrik in Zrenjanin. Die in diesem Jahr investierten Summen wurden nicht bekannt gegeben. Minth Holdings Limited, das bereits Autoteile in Loznica und Sabac produziert, wird über die nächsten zehn Jahre weitere 870 Millionen Euro in Fabriken für Autoteile, Gehäuse für E-Fahrzeug-Batterien, Fahrräder, Komponenten für Photovoltaik und Baumaterialien investieren (BNE Intellinews 2024a; SeeNews 2024). Große Rahmenabkommen bzw. Absichtserklärungen wurden von der China Energy International Group für eine Fabrik zur Verarbeitung von Petroleumprodukten (in Smederevo) (2,4 Milliarden Euro), von Hunan Rich Photovoltaic für eine Solarpanele-Fabrik (30 Millionen Euro) und ein Solarkraftwerk (280 Millionen Euro) (Serbian Government 2024), von Shanghai Fengling für Wind- und Solarkraftwerke sowie Wasserstoff-Produktionsanlagen (2 Milliarden Euro) (Reuters 2024) und von PowerChina (gemeinsam mit Fortis Energy aus der Türkei) zu Wind- und Solarkraftprojekten unterzeichnet (BNE Intellinews 2024b). Bei großen Bauaufträgen hat sich etwa Shandong High-Speed Group (SDHS) ein Bahnstationskomplex-Projekt im Bezirk Novi Beograd gesichert (138 Millionen Euro) (Global Construction Review 2024).

Serbien erfährt diesen wirtschaftlichen Fokus (und die diplomatische Rückendeckung) Chinas, weil es Konditionalität von Seiten Chinas akzeptiert (vgl. auch Krstinovska 2024). Belgrad lehnt Reformbedingungen seitens der EU oft ab, die im Austausch für finanzielle Zuwendungen und EU-Integration zu erfüllen sind bzw. kritisiert Brüssel dafür. Hierbei geht es der EU unter anderem

um die Angleichung der Außenpolitik, Unterstützung für die Kerninteressen und Initiativen der EU und das Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Serbien hat nun als erster europäischer Staat das Kernkonzept zur chinesisch-geführten Reform der globalen Ordnung, genannt „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“, unterstützt und damit seine ideologische Ausrichtung an China und dessen Ambitionen ausgedrückt (Chaziza 2024, Mardell 2024). Dabei hat Belgrad gleichzeitig die „aktive Teilnahme“ am Aufbau von Chinas „Globaler Entwicklungsinitiative“, „Globaler Sicherheitsinitiative“ und „Globaler Zivilisationsinitiative“ zugesagt (State Council 2024a). Es geht Beijing darum, die globalen Wirtschaftsinstitutionen, die globale Sicherheitsordnung und das globale Menschenrechtsverständnis in seinem Sinne umzugestalten.

Chinesische Expert:innen nehmen die wachsende außenpolitische Distanz zwischen der EU und Serbien wohlwollend wahr. Führende chinesische Think Tanker:innen zitieren den Rückgang der serbischen Unterstützungsrate für Erklärungen des Hohen Vertreters und EU-Ratsbeschlüsse von 64% (2021) auf 46% (2022), und mehrere explizite Widersprüche zur EU (Gao 2024). Prioritäten Chinas sind Serbiens Ablehnung von Sanktionen gegen Russland und die Ablehnung eines serbischen NATO-Beitritts. Besorgt zeigen sich chinesische Außenpolitikforscher:innen über die Proteste der Bewegung „Serbien gegen Gewalt“, neue Koalitionen und junge Kandidat:innen in der Opposition, die allesamt den Bemühungen des Westens in Richtung einer „Farbrevolution“ zuzuordnen seien (Chen 2023; Gao 2024). Erfolgreiches derartiges Vorgehen der Opposition in Bosnien-Herzegowina lasse diese Sorgen noch stärker begründet erscheinen (Chen 2023). Präsident Xi Jinpings Rede in Belgrad im Mai 2024 demonstrierte diesen Wunsch nach außenpolitischer Einordnung im Gegenzug für wirtschaftliche Förderung. Xi sprach von „Koordinierung und Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen“, dem gemeinsamen Einsatz für „Multipolarisierung“ und „Stabilität“ und versprach dafür „Modernisierung im chinesischen Stil“, „qualitativ hochwertige Entwicklung“ und „technologische Innovation“ (Xi 2024). Wenn Serbiens Präsident Vučić im Oktober 2024 über ein mögliches Referendum in zwei Jahren zur Frage EU- oder BRICS-Beitritt nachdenkt (The Times 2024), ist fraglich, wie weit Belgrads Einordnung in die chinesische Weltordnung noch gehen soll. Sollten der serbische Präsident Vučić und der Präsident der Republika Srpska Dodik 2025 ihre Macht verlieren, wird China wohl auf zwei Ebenen pragmatisch reagieren. Erstens ist zu erwarten, dass Beijing auch mit eventuellen Nachfolgern weiterhin enge oder zumindest konstruktive Beziehungen suchen wird. Die chinesische Führung kann auf sehr positive Wahrnehmungen Chinas in der jeweiligen lokalen Bevölkerung stützen und wird strategische Geduld beweisen. Zweitens kann man aber auch davon ausgehen, dass sich chinesische Direktinvestitionen noch stärker auf Ungarn (und potenziell andere Brüssel-kritische EU-Staaten) konzentrieren würden, wenn sich die neuen Führungen in Belgrad und Banja Luka stark den EU-Institutionen und der EU-Außenpolitik zuwenden würden.

AGIERT RUSSLAND MEHR REAKTIV UND ALS JUNIORPARTNER CHINAS?

Von den 1990er bis in die 2010er Jahre entwickelte sich Russlands Präsenz auf dem Westbalkan in Phasen der Koordination, des Pragmatismus und der Konfrontation. Anfangs in den 1990er Jahren nach dem Westen ausgerichtet, priorisierte Russland die Beziehungen zur EU und den USA, unterstützte Friedensbemühungen in Bosnien und lehnte die NATO-Intervention in Jugoslawien ab. „In den frühen 2000er Jahren verlagerte sich Russlands Engagement auf wirtschaftliche Interessen, unter anderem durch Investitionen von Lukoil und Gazprom, und nahm die EU-Integration der Balkanstaaten in Kauf - zu einer Zeit, als Moskau die EU noch überwiegend als wirtschaftlichen und weniger als geopolitischen Akteur wahrnahm.“ Bis Ende der 2000er Jahre wurde Russlands Ansatz konfrontativer, indem es Serbien im Kosovo-Konflikt unterstützte und wirtschaftliche sowie Infrastrukturprojekte nutzte, um dem westlichen Einfluss entgegenzuwirken. Trotz Rückschlägen wie dem Scheitern des South-Stream-Projekts im Jahr 2014 behielt Russland seinen Einfluss im Energiesektor und lieferte 2022 Rohöl im Wert von 1,05 Milliarden Dollar an Serbien (Clingendael 2023; MFA Serbia n.d.; RIAC n.d.).

Heute sind Energieinvestitionen, insbesondere in Öl- und Gaspipelines wie Turkstream, zentral für Russlands Strategie, wobei Gazproms dominante Beteiligung an Serbiens Nafta Industrija Srbije (NIS) (56,15% der Anteile, die Vucic im Falle von US-Sanktionen gegen NIS sofort zurückkaufen wollte) seinen Einfluss über den Energiesektor symbolisiert (TASS 2025). Allerdings zeigen die Muster der russischen ausländischen Direktinvestitionen (FDI) im Westbalkan regionale Disparitäten auf. Während Montenegro aufgrund sinkender EU-Investitionen zum größten Empfänger russischer FDI wurde, sanken die russischen FDI in Bosnien und Herzegowina von 9,2% im Jahr 2010 auf 2,3% im Jahr 2022 und blieben in Albanien, Kosovo und Nordmazedonien. In Serbien beliefen sich die russischen FDI im Jahr 2023 auf 5,6%, verstärkt durch einen Zustrom russischer Staatsbürger nach Russlands Invasion in der Ukraine 2022 (etwa 370.000 Russen zogen nach Serbien, eröffneten 9.000 neue Unternehmen und trugen zum Wirtschaftswachstum bei) (CFR, n.d.; Clingendael Institute, 2023; Reuters, 2022; Österreichische Nationalbank 2024). Tägliche Flüge von Air-Serbia halten die starken Verbindungen zwischen Belgrad und Moskau aufrecht (TASS 2025).

Die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Serbien und Russland ist nach wie vor stark, was durch hochrangige Treffen und strategische Vereinbarungen belegt wird (etwa im Juni 2024 beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg). Der Handelsumsatz zwischen den beiden Ländern überstieg 2023 2 Milliarden Dollar, wobei der Agrarhandel fast 500 Millionen Dollar betrug. Die Energiekooperation bleibt ein Eckpfeiler der Beziehungen (Reuters 2022; Balkan Insight 2024). Im Oktober 2024 besprachen Vučić und Putin einen neuen langfristigen Erdgasliefervertrag, um das im März 2025 auslaufende Abkommen zu ersetzen. Darüber hinaus wurde ein wichtiges Abkommen über den Ausbau der Öltransportinfrastruktur unterzeichnet, einschließlich einer Pipeline, die Serbien mit der durch die Ukraine verlaufenden Druzhba-Pipeline verbinden soll (Balkan Insight, 2024; TASS, n.d.).

Die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit Serbiens mit Russland hat sich in den letzten Jahren vertieft. Serbiens stellvertretender Ministerpräsident Vulin, ein treuer Verbündeter des Kremls, ist zentral für diese Partnerschaft und hat mehrere hochrangige Treffen mit russischen Geheimdienstbeamten abgehalten, darunter mit dem Leiter des Auslandsgeheimdienstes SVR Naryshkin (beim letzten Treffen im Oktober 2024 diskutierten beide Seiten die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen ihren Sicherheitsbehörden; Berichten zufolge hat der russische Geheimdienst Serbien auch strategische Warnungen vor geplanten Unruhen und Putschversuchen übermittelt). (CSCE, 2024; Clingendael Institute, 2023). Die Partnerschaft verlief jedoch nicht ohne Kontroversen, wie ein Spionageskandal im Jahr 2019 zeigte, bei dem ein russischer GRU-Offizier einen serbischen Militärgeheimdienstagenten bestach, was das Ausmaß des russischen Einflusses in serbischen Institutionen offenbarte. Jüngst rühmte sich der serbische Vize-Premierminister Aleksandar Vulin damit, dass der russische Geheimdienst Serbien bei der Unterdrückung der großen Studentenproteste am 15. März 2025 geholfen habe (Reuters 2025).

Russland betreibt auf dem Westbalkan eine gezielte Desinformationsstrategie über staatlich finanzierte Medien. Jüngstes Beispiel ist RT Balkan, ein serbischsprachiger Nachrichtensender mit Sitz in Belgrad, der Ende 2024 gestartet wurde (RT 2024). Er richtet sich an Zuseher:innen in Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Nordmazedonien und verbreitet Narrative im Einklang mit russischen Interessen. Bereits seit 2015 ist auch Sputnik Srbija aktiv (EUvsDisinfo, n.d.). In einem NATO-Bericht wurde Serbien 2020 als zentraler Knotenpunkt für russische Desinformation auf dem Westbalkan bezeichnet (NATO 2020). In Bosnien und Herzegowina konzentrierten sich die russischen Desinformationsbemühungen darauf, die separatistischen Ambitionen des Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik (ein weiterer enger Verbündeter Moskaus), zu unterstützen, indem Inhalte verbreitet wurden, die die Legitimität staatlicher Institutionen in Frage stellten und separatistische Agenden förderten (Clingendael Institute, 2023; CSCE, 2024). Ende März 2025 reiste ihr Präsident Milorad Dodik trotz eines internationalen Haftbefehls nach Moskau und wurde am 1. April von Wladimir Putin empfangen. Dodik bezeichnete Putin öffentlich als „historischen Leader“ und betonte die enge Verbundenheit mit Russland – ein deutliches Zeichen für die fortlaufende politische Abstimmung zwischen Moskau und Banja Luka sowie für Russlands strategisches Interesse, Spannungen im Westbalkan zu fördern. (European Western Balkans). Ähnlich verbreiteten russische Medien während des NATO-Beitrittsprozesses von Montenegro Erzählungen, die darauf abzielten, öffentlichen Widerstand zu schüren und Zwietracht zu säen, einschließlich Behauptungen über vom Westen unterstützte Putsche und Bedrohungen der nationalen Souveränität (Shedd & Stradner, 2020; Carnegie Endowment, 2023; Clingendael Institute, 2023). Diese Desinformationskampagnen werden durch Russlands Engagement mit lokalen Politikern und die Unterstützung nationalistischer Gruppen ergänzt, wodurch der russische Einfluss in der Region weiter gestärkt wird (Clingendael 2023).

Dies sind taktische Maßnahmen Moskaus mit klaren Zielen und Plänen, die auf Ablenkung und Chaos und langfristig auf eine Schwächung der EU abzielen. In strategischer Hinsicht scheint es Russland jedoch an langfristigen Zielen zu mangeln. Seit 2016 fehlt es an einer konstruktiven Agenda oder einem Fokus Russlands auf Südosteuropa (das außenpolitische Konzept von 2016 enthält keine direkten Hinweise auf den Balkan, Serbien oder Südosteuropa) (RIAC n.d.). Russland erkennt den Einfluss anderer Mächte wie China, der Türkei und der Staaten des

Nahen Ostens an und sieht den Balkan nicht mehr nur als Schauplatz von Spannungen zwischen Russland und dem Westen, sondern als Raum multilateraler Konkurrenz mit verschiedenen Akteuren und widerstreitenden Interessen (CSCE, 2024; Ministry of Foreign Affairs Serbia, n.d.; RIAC n.d.). Die NATO-Integration von Montenegro und Mazedonien verdeutlicht die Grenzen der russischen Strategie. Während Russland kulturelle und historische Verbindungen genießt, nimmt sein politischer Einfluss ab. Jene Faktoren, die der russischen Außenpolitik auf dem Westbalkan und insbesondere in Serbien weiterhin Chancen bieten, sind: Vučićs anhaltende ideologische Ambiguität, die sich in seiner Außenpolitik widerspiegelt; die anhaltenden Schwierigkeiten der EU, Stabilität und Entwicklung auf dem Balkan zu fördern; die anhaltende traditionelle Zuneigung der orthodoxen Bevölkerung zu Russland; das verbesserte Image Russlands als globale Alternative aufgrund seiner verbesserten Beziehungen zur Türkei, zum Iran und in der BRICS-Staatengruppe. Zu den Faktoren, die das russische Engagement in der Region erschweren, gehören: Vučićs anhaltende Ambiguität in der Außenpolitik; der weiter andauernde Russland-Ukraine Krieg; das Unvermögen Russlands, die NATO-Erweiterung auf dem Balkan zu stoppen; mangelnde wirtschaftliche und militärische Ressourcen Russlands in der Region (Reuters, 2022; CFR, n.d.; Carnegie Endowment, 2023; RIAC n.d.).

Sowohl geopolitisch als auch geoökonomisch ist Russland eher ein „Akteur zweiter Ordnung“ (RIAC n.d.), der China und den USA den Vortritt lässt. Auf der Grundlage dieser Analyse verfolgt Russland die Methode der „negativen oder adversen Selektion“. Anstatt zu „gewinnen“, versucht es eher, seinen Einfluss „nicht zu verlieren“, der stark von politischen Turbulenzen, ethnischen Spannungen, der Präsenz der orthodoxen Kirche und Vučićs Ambiguität in der Außenpolitik abhängt. Russische Expert:innen warnen, dass ein Rückzug vom Balkan Russlands strategische Position in Europa und darüber hinaus erheblich schwächen würde. Er könnte die Beziehungen zu Partnern wie China und der Türkei untergraben, den Einfluss im Mittelmeerraum verringern und den Handlungsspielraum gegenüber der EU und der NATO einschränken.) (Clingendael Institute, 2023; CSCE, 2024; CFR, n.d.; RIAC n.d.).

Die anhaltenden Beziehungen zu Russland werfen Fragen hinsichtlich des Engagements Serbiens für seine EU-Beitrittsbestrebungen auf. Russland hält die Tür für Serbien in den BRICS-Staaten offen. Serbien bleibt jedoch in seiner Außenpolitik ambivalent (lobt den Status quo, begrüßt ausländische Investitionen von allen Akteuren) und ideologisch nicht festgelegt (zwischen dem Westen und Russland gefangen). Ein Beitritt zur EU und zu den BRICS-Staaten schließen sich gegenseitig aus, da Serbiens EU-Beitritt die Beziehungen zu Russland behindern und die Aussicht auf die Mitgliedschaft in der BRICS-Gruppe zunichtemachen würde und umgekehrt. Russland versteht, dass Vučić seine Position und seine Beziehungen zur EU wahrscheinlich nicht opfern wird (was sich kürzlich in seiner Rhetorik gegenüber der russischen Regierung und sein Fernbleiben vom letzten BRICS-Gipfel in Kasan gezeigt hat). Daher erscheint ein Beitritt Serbiens zu den BRICS-Staaten in naher Zukunft unwahrscheinlich. Das Verständnis der Situation nach dem Russland-Ukraine Krieg wird wahrscheinlich Serbiens Haltung und ideologische Position klären. In der gegenwärtigen Dynamik, angesichts des wachsenden Einflusses Chinas (und der Relevanz seiner alternativen Vision) und der russischen Präsenz in Form der oben beschriebenen taktischen Maßnahmen in diesem Bericht, könnte Russland als abhängiger Partner Chinas gesehen werden,

der seine traditionelle Rolle in Serbien weiterhin spielen wird, indem er explizit reaktionäre nationalistische Erzählungen aufrechterhält und politische Dividenden einstreicht.

INNERSTAATLICHE INSTRUMENTALISIERUNG VON „THIRD ACTORS“ IM GEOPOLITISCHEN VAKUUM ERHÖHT DAS RISIKO FÜR NEUE KONFLIKTE AM WESTBALKAN

In einer europäischen Nachbarschaftsregion wie dem Westbalkan, in der neben den lange Zeit dominierenden Akteuren EU und USA im Laufe der Zeit auch die „Third Actors“ an Bedeutung gewonnen haben, ist es nicht besonders überraschend, an die neuen Rahmenbedingungen durch die „Third Actors“ angepasst haben. Sie agieren zunehmend strategisch und taktisch und wägen ihre Interessen zwischen unterschiedlichen geopolitischen Akteuren ab bzw. versuchen auch den Einfluss von diesen Akteuren innenpolitisch zwecks der Absicherung ihrer Herrschaft zu instrumentalisieren. Diese Strategie, die man als Hedging bezeichnen kann, hat sowohl eine transaktionale als auch eine normative (value-based) Dimension. (Kakachia/Lebanidza/Kakabadze 2024) Transaktionales Hedging bedeutet, dass man sich allen geopolitischen Akteuren gegenüber öffnet und sich im eigenen Handeln an kurzfristigen und pragmatischen Zielen im politischen oder ökonomischen Bereich orientiert. In der Regel verzichtet man beim transaktionalen Hedging auf klare normative Präferenzen für einen der „Third Actors“. Was wir auf dem Westbalkan und insbesondere in Serbien und Bosnien und Herzegowina in den letzten Jahren beobachten konnten, war vor allem ein transaktionales Hedging in Kombination mit einem normativen Hedging. Das heißt, dass man sich nominell an einem Akteur orientiert, in diesem Fall der EU, im Sicherheitsbereich oder im ökonomischen Bereich aber versucht durch engere Kontakte mit „Third actors“ wie China oder Russland, die eigene Position möglichst gut abzusichern und mögliche Risiken für die eigene Machtposition zu minimieren.

Dies geschieht nicht nur vor dem Hintergrund konkreter Kooperationen und Investitionen von Russland und China in der Region (siehe oben), sondern immer mehr auch vor dem Hintergrund einer immer größeren Popularität von Russland und China bei gleichzeitig sinkender Zustimmung zur EU in der Bevölkerung.

In Serbien und in der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina spiegeln sich im Meinungsbild der Bevölkerung die starken pro-russischen und anti-westlichen Einstellungen wider, die vom Regime seit langem systematisch - vor allem über die Boulevardmedien - erzeugt und gepflegt werden (Ivkovic 2022). So ist der Anteil jener Menschen, die eindeutig pro-russisch positioniert sind, seit 2020 deutlich gestiegen. Im Mai 2022 sahen sich 66% der Serben als der russischen Position und Argumentation seit dem Beginn des Ukraine-Krieges näher, während nur 12% mit der ukrainischen Position sympathisierten. 40% der SerbInnen würden sogar so weit gehen und auf die EU-Erweiterung verzichten bzw. im Gegensatz dazu bevorzugt ein Bündnis mit Russland eingehen. Die EU-Skepsis in Serbien steigt bereits seit längerer Zeit. Dieser Trend hat sich seit

dem Beginn des Krieges beschleunigt. So fiel die Zahl jener Serb:innen, die über einen Beitritt ihres Landes zur EU glücklich wären, von ohnehin geringen 33% im Jahr 2020 auf 28% im Mai 2022 (CRTA 2022).

Ein Blick auf die Einstellungen der Bevölkerung zu China verdeutlicht, wie tief und nachhaltig der chinesische Einfluss ist und wie stark er sich in positiven Einstellungen zu China niederschlägt. Umfragen in Serbien zeigten in der Vergangenheit, dass China zunächst sein Image und seine Soft Power im Verlauf der letzten Jahre immens verbessert hat. Im Jahr 2003 sagten 3% der Befragten, ihr Land sollte sich stärker auf China verlassen. Im Jahr 2012 waren es bereits 47%. (Marciacq 2019) In jüngster Zeit gibt es eine interessante Parallele zwischen der wachsenden Sympathie für China und der sinkenden Unterstützung für die Demokratie. (CRTA 2022) Repräsentative Meinungsumfragen für die Balkans in Europe Policy Advisory Group (BiEPAG) und das Belgrade Center for Security Policy belegten bereits vor Jahren in der Zeit der Coronapandemie, dass die serbische Bevölkerung gleichmäßig gespalten ist, ob Demokratie oder Autokratie besser zur Bekämpfung der COVID-Pandemie geeignet sei. (IPSOS 2021) Insgesamt korrelieren positive Werte für China mit geringerer Wertschätzung der Demokratie sowie kritischeren Einstellungen zur EU. Außerdem zeigt sich im Kontext eines größeren Vertrauens zu China auch eine skeptischere Haltung gegenüber Medien, Wissenschaft und Unternehmen in liberal-demokratischen Staaten. Durch seine Strahlkraft als autoritäres Role Model tritt China nun auch in Systemkonkurrenz zu den bisherigen liberal-demokratischen Vorbildern der Region.

Eine weitere Umfrage des International Republican Institute (IRI) aus dem Jahr 2022 zeigt, dass eine Mehrheit der Serben glaubt, dass China Serbiens größter finanzieller Unterstützer oder „ausländischer Geber“ insgesamt ist. Bei derselben Frage lag China im Jahr 2020 noch auf dem dritten Platz hinter der EU und Russland. (IRI 2022) Die positiven Ansichten über China haben sich seit 2020 gefestigt - auch die über Xi Jinping. Umfragen zeigen, dass die Bewertung von Chinas Rolle in Serbien als positiv beurteilt wird und von 2017 bis 2020 von 53% auf 87% stark angestiegen ist. Deutlich mehr Befragte sehen China und nicht die EU als „besten Freund“ des Landes (nur hinter Russland), und 57% wollen die Außenpolitik mit China abstimmen. Dies schlägt sich auch in konkreten Politiken der serbischen Regierung zu China auf dem internationalen Parkett nieder. So lässt Serbien in internationalen Organisationen keinerlei Kritik an China zu, weder an den massiven Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang noch an den Verletzungen des Völkerrechts in Bezug auf Hongkong (Jurekovic 2021).

Die unterschiedlichen Dimensionen des Hedging zeigen sich besonders deutlich seit dem Beginn des russischen Aggressionskrieges in der Ukraine. In Serbien setzte Aleksandar Vucic auf eine pragmatische „Schaukel-Außenpolitik“, um dem starken Druck des Westens zu begegnen, Sanktionen gegen Russland zu verhängen und die Positionen Russlands mit der EU abzustimmen. (Die Zeit 2022) Konkret schlug sich dies in einer Politik gegenüber Russland nieder, bei der Vucic selbst rhetorisch auf halbe Distanz zu Putin ging und so zum Beispiel bis November 2024 kein Telefonat mit Putin führte. Parallel dazu wurden mit dem Westen Deals geschmiedet, nach denen Serbien Munition an die Ukraine exportieren ließ, was in den USA und in der EU als Zeichen des

westlich orientierten Pragmatismus interpretiert wurde. (Balkan Insight 2024, Financial Times 2024) Der Deal mit dem französischen Präsidenten Macron über den Ankauf von französischen Kampffjets sowie jener mit der EU und Deutschland über den Abbau von Lithium in Serbien passen ebenfalls gut in dieses Bild des transaktional agierenden Westen, der mit Deals versucht, Serbien auf der westlichen Seite zu halten.

Auf der anderen Seite ließ Vucic jedoch die Kontakte zu Russland nie abreißen und setzte vor allem seinen engen politischen Verbündeten, den heutigen Vizepremierminister Aleksandar Vulin ein, um die offene Kommunikation und auch die geheimdienstliche Zusammenarbeit mit Russland zu organisieren. (European Western Balkans 2024) Im Kontext der anhaltenden studentischen Proteste in Serbien, die seit November 2024 den Druck auf das Regime von Aleksandar Vucic massiv erhöht haben, ist eine deutliche Abkehr vom Westen hin zu einer engeren Abstimmung mit Russland zu beobachten. Seit Beginn der Proteste und vor allem seit der Machtübernahme von Donald Trump in den USA greift Vucic immer mehr zu schweren Anschuldigungen gegen den Westen und die liberalen Demokratien der EU, denen er die Organisation einer „colourful revolution“ vorwirft, hinter der sich der „liberale Deep State“ befindet. (Instagram-Account von Vucic 2025) Konkret lässt sich rund um die Proteste trotz offener Kanäle zu Brüssel und der EU eine deutlich stärkere Anti-EU-Rhetorik feststellen. Die Abwendung von der liberalen Demokratie nach dem Vorbild der EU und die Hinwendung zu einer autoritären gesellschaftlichen und geopolitischen Positionierung, die dem Vorbild von Trump oder dem engen politischen Verbündeten Viktor Orban folgt, beschleunigt sich in den letzten Wochen. Ein Hinweis darauf ist ein immer brutaleres und offeneres Vorgehen gegen die Demonstrierenden, das nach Weissrussland bzw. Russland-Rezept erfolgt und massive Diffamierung von Protestierenden und den Einsatz von Gewalt inkludiert. Aleksandar Vulin brüstete sich nach den größten Protesten in der serbischen Geschichte am 15. März sogar damit, dass „russische Spione“ Serbien helfen würden, die „bunte Revolution“ zu verhindern (Reuters 2025).

Während sich die Beziehungen zu Russland immer dynamischer gestalten, bleibt Serbien mit China, wie bereits erwähnt, auf dem bereits etablierten Kurs einer starken Kooperation und sogar einer strategischen Freundschaft oder „Brüderschaft“, wie Aleksandar Vucic und die Medien des Regimes es formulieren. Insbesondere im Mai 2024 stand diese Freundschaft für Wochen im Mittelpunkt der serbischen Öffentlichkeit, als rund um den Besuch von Xi Jinping das Regime mit seinen Medien alles daran setzten, dieses Bild der Stärke und Brüderschaft mit China zu zeichnen. Man sprach vom „großen Bruder“, Sprüche wie „Wir bewundern China“, „Nur China kann uns helfen“ etc. sprechen hier Bände (N1 2024) und schaffen eine Grundlage für die weitere Vertiefung der Beziehungen zu China in der Zukunft.

In der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina verlaufen die politischen Dynamiken durchaus ähnlich bis deckungsgleich mit denen in Serbien. Allerdings spielt China, für das Menschen in der Republika Srpska zwar ähnlich wie in Serbien eine positive Einstellung haben, auf Grund geringer wirtschaftlicher Investitionen bislang eine geringere Rolle als Russland. Russland ist aus Sicht des Regimes von Milorad Dodik der zentrale Partner und Akteur, den man innenpolitisch am stärksten einsetzen kann. Bereits vor Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine im Februar 2022 pflegte Dodik engste Beziehungen zu Russland und auch direkt zu Wladimir Putin. Die offene pro-russische Position von Dodik, die von den meisten Medien in

der Republika Srpska mitgetragen wird, schlägt sich auch in direkter Übernahme der russischen Propaganda in Bezug auf den Krieg in der Ukraine und den Westen nieder (Dzihic 2024).

So wie der Druck aus den USA und der EU auf Milorad Dodik wegen seiner innenpolitischen Blockaden und anhaltender Sezessionsdrohungen in den letzten Jahren zunahm, so suchte Dodik in den letzten Jahren verstärkt Unterstützung von Moskau, reiste zu diesem Zweck mehrmals nach Russland und ließ 2023 Putin mit einem hohen Orden auszeichnen. Putin revanchierte sich im Februar 2024 anlässlich des Besuchs von Milorad Dodik in Kazan, als er ihm den Aleksander-Newski-Orden für die „Vertiefung der Partnerschaft“ zwischen Moskau und der Republika Srpska verlieh.

Dodik als „russischer Troublemaker“ (Kraske 2024) hat in den letzten Wochen seine Angriffe gegen den Zentralstaat auf eine neue Stufe gehoben. Nachdem er im Februar 2025 wegen Missachtung der Urteile des Hohen Repräsentanten Bosniens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, verschärfte er seine Angriffe auf den Zentralstaat und unternahm konkrete Schritte in Richtung Sezession. Er ließ durch das Parlament der RS Gesetze verabschieden, die die Tätigkeit der Justiz- und Polizeiorgane des Zentralstaates auf dem Territorium der RS untersagen. Gleichzeitig ließ er Pläne zur Übernahme der Grenzpolizei, zur Ausrufung einer neuen Verfassung der RS sowie zu einer neuen separaten Wahlgesetzgebung vorantreiben. Die zentralstaatlichen Organe reagierten mit einem Haftbefehl. Von Putin holte sich Dodik explizite Unterstützung für seinen Kurs, die ihm Putin in einem Gespräch mit Aleksandar Vucic Anfang März 2025 auch bestätigen ließ. Die jüngste Eskalation kann durchaus auch vor dem Hintergrund des Wechsels im Weißen Haus gedeutet werden. Dodik feierte den Sieg von Donald Trump nahezu euphorisch und erhoffte sich einen neuen Kurs der USA inklusive einer möglichen Aufhebung der Sanktionen gegen ihn und seine Clique. In der neuesten Eskalation stellte sich aber der neue Außenminister der USA, Rubio, explizit gegen den sezessionistischen Kurs von Dodik (ZDF 2025).

Was wir insgesamt sowohl in Serbien als auch in Bosnien und Herzegowina sehen, ist die Tatsache, dass die neuen geopolitischen Realitäten auf globaler Ebene und vor allem die massive Verschiebung in den transatlantischen Beziehungen nach dem Amtsantritt von Trump eine neue Ära der Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit auf dem Westbalkan mit sich bringen. Die EU findet derzeit noch keine klare Antwort auf den sezessionistischen Kurs von Milorad Dodik und die Gefährdung des Staates Bosnien und Herzegowina bzw. setzt im Umgang mit Vucic, der immer aggressiver gegen die Proteste im eigenen Land agiert, weiterhin auf die bisherige Politik des Pragmatismus und Transaktionalismus. Kurzum, die geopolitischen Veränderungen kreieren eine neue Form der Geopolitik auch auf dem Westbalkan, die mit schwerwiegenden Konsequenzen einhergehen.

DIE GEOPOLITISCHEN VERÄNDERUNGEN BRINGEN SCHWERWIEGENDE KONSEQUENZEN

Es zeichnen sich drei übergreifende Entwicklungen ab, die gleichzeitig stattfinden. Erstens, der Übergang einer bedrängten und geschwächten EU von normativen Vorstellungen zu transaktionalem Vorgehen am Westbalkan. Zweitens, eine deutliche Verschiebung des Machtgleichgewichts unter externen Akteuren hin zu den BRICS-Staaten. Drittens eine neue und stark divergierende Positionierung der aufstrebenden Mächte auf dem Spektrum von aktiv (China) bis reaktiv (Russland). Durch ihren Fokus auf Militärhilfen an die Ukraine und geringere Abhängigkeit von China bei kritischen Ressourcen getrieben, treten für die EU normative Vorstellungen zu Rechtsstaat und Demokratie in Serbien und der Republika Srpska zunehmend in den Hintergrund. Stattdessen stehen Kooperationen bezüglich Munitionslieferungen an die Ukraine und Zugang zu lokalen Lithium-Reserven im Vordergrund (Kyiv Independent 2024; DW 2024; Müller, Strack und Vulović 2025). Die Kritik an Präsident Vučićs Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, unabhängige Medien und die politische Opposition nahm spürbar ab. Gleichzeitig greift die zweite Trump Administration die früheren normativen Vorstellungen der USA sogar aktiv an. Washington sieht die bisherige Praxis der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), einschließlich der Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, im März 2025 negativ (Guardian 2025) und hat bereits die Streichung von 83% der Programme beschlossen (Counter 2025; Kugiel 2025; White House 2025).

Durch das teilweise Abrücken des transatlantischen Westens von normativen Vorstellungen zu Demokratie und Rechtsstaat ermutigt, verdammt die serbische Führung die früheren Aktivitäten von USAID (der US EZA Behörde) und aller NGOs, die von ihr Fördergelder erhielten, noch intensiver, und sandte bereits Polizeieinheiten für bewaffnete Razzien ohne gerichtliche Anordnung in die Räumlichkeiten der bedeutendsten serbischen NGOs (Higgins 2025). Dabei beriefen sich die serbischen Behörden unter anderem auf Elon Musk, der USAID als „kriminelle Organisation“ bezeichnet hatte.

Aufgrund der fehlenden Fortschritte bei der EU-Erweiterung, dem größeren Interesse lokaler Regierungen an nicht-westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen und dem globalen Aufstieg nicht-westlicher Mächte und Investoren, kam es auch am Westbalkan zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse unter externen Akteuren. In Serbien und in der Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina zeigen Regierungserklärungen, Mediendiskurse und Meinungsumfragen, wie oben beschrieben, eine Präferenz für bzw. ein größeres Vertrauen in Chinas und Russlands politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Modell, als in jene der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Die Mehrparteiendemokratie und das gesamte von der EU propagierte Normen- und Wertepaket erscheinen weniger attraktiv als autokratische, staatskapitalistische Ansätze. Auch bei der außenpolitischen Ausrichtung weisen Umfragen eine Präferenz für Chinas Positionen aus und für jene der EU. Zugleich flossen 2023 und 2024 mehr chinesische Direktinvestitionen nach Serbien als solche aus den gesamten EU-27, und im Gefolge des 2024 abgeschlossenen Freihandelsabkommens zwischen China und Serbien wächst auch

das Handelsvolumen weiter. Prominente diplomatische Rückendeckung aus Beijing für Serbiens Ansprüche auf den Kosovo, gegenseitige Besuche der Staats- und Regierungschefs und Kooperation auf multilateraler Ebene, sowie Chinas schnelle Impfstofflieferungen an Serbien in der COVID-Pandemie, unterstreichen den neuen Fokus und Einfluss. Gleichzeitig sind die russischen Investitionen in Serbien, die Energieabhängigkeit Serbiens und die nachrichtendienstliche und propagandistische Zusammenarbeit nach wie vor von Bedeutung.

Im Kontext mangelnden westlichen Interesses und neuer Optionen durch aufsteigende Mächte hat sich Serbien (wie auch die Republika Srpska) schrittweise mehr China und meist von ihm geleiteten nicht-westlichen Formaten zugewandt. Die serbische Regierung unterstützte nach 2021 einen deutlich geringeren Prozentsatz der außenpolitischen Erklärungen der EU (Gao 2024), spricht sich aber ausdrücklich für die außenpolitischen Konzepte und Vorstellungen Chinas aus. (State Council 2024a; Xi 2024). Präsident Vučić stellte vor einiger Zeit sogar Überlegungen über ein Referendum 2026/2027 über einen Beitritt zur sogenannten BRICS-Staatengruppe an. Das Auftreten der beiden für Serbien relevanten BRICS-Mächte, China und Russland, hat sich seit 2022 stark verändert. China hat sein wirtschaftliches Engagement deutlich verstärkt und ergreift die Initiative. Dabei verschiebt sich der Fokus von der Nutzung Serbiens als Korridor zwischen dem chinesisch kontrollierten Hafen Piräus und der EU bzw. als geeignete Produktionsstätte für chinesische Unternehmen direkt neben dem EU-Markt, hin zur Schaffung von Anreizen für eine außenpolitische Koordinierung. Serbien ist hierbei Vorreiter und Anker für eine europäische Unterstützung chinesischer Reformvorschläge für die globale Ordnung. Währenddessen wird Russlands Aufmerksamkeit von seinem Krieg gegen die Ukraine absorbiert. Auf dem Westbalkan zeigt es sich reaktiv, verwaltet vergangene Erfolge und ist bereit, China die Initiative zu überlassen. Während China Serbien eine potenziell attraktive „alternative Moderne“ bietet - eine nicht-westliche Modernisierung - könnte Russland als komplementärer Junior-Partner agieren, der bei Serbiens Bewegung in Richtung BRICS-Gruppe den ethno-religiösen Nationalismus und die Nostalgie bedient.

Angesichts der drei beschriebenen übergreifenden Entwicklungen verschlechtert sich die Sicherheitslage deutlich. Chinas wirtschaftliche und diplomatische Unterstützung sowie Waffenlieferungen und Russlands geheimdienstliche Unterstützung und Energiemacht bestärken den serbischen Präsidenten Vučić und den Präsidenten der Republika Srpska, Dodik, in ihrem Konfrontationskurs gegenüber Kosovo und Bosnien-Herzegowina. Die Bedingungen für einen aktiven Revisionismus bezüglich der Grenzverläufe am Westbalkan verbessern sich und es ist mit einer Zunahme der Spannungen (sowohl gesellschaftlich als auch zwischenstaatlich) zu rechnen. Das Eskalationsrisiko ist in beiden Konflikten hoch, während alle Parteien die Haltung der zweiten Trump-Administration abwarten. KFOR- und EUFOR-Truppen müssen möglicherweise eingreifen, um tödliche Konfrontationen zu verhindern oder zu beenden, was das österreichische Soldatenkontingent in konkrete Gefahr bringt.

DREI SZENARIEN FÜR KURZ- UND LANGFRISTIGE GEOPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN AM WESTBALKAN

Vor dem Hintergrund der analysierten geopolitischen Verschiebungen und der neuen Dynamik des geopolitischen Wettbewerbs auf dem Westbalkan als Folge des Krieges in der Ukraine und der neuen Amtszeit von Donald Trump sind wir am Westbalkan mit neuen und gefährlichen Unsicherheiten konfrontiert. Viele Entwicklungspfade und Handlungsoptionen sind möglich, von einem negativen Szenario neuer Kriege bis hin zu einer nicht gänzlich auszuschließenden Option neuer demokratischer Veränderungen. Die folgenden drei Szenarien skizzieren mögliche Entwicklungspfade für die Region in einer mittel- bis langfristigen Perspektive:

Szenario 1: Weiter wie bisher – Status quo vertieft sich und realpolitische Verluste der EU

Aleksandar Vucic ist es gelungen, sich aus dem Würgegriff der großen Studentenproteste des Winters 2024/25 zu befreien, weitere Zugeständnisse an den Kosovo zu machen und die bisherige Zusammenarbeit mit dem Westen (Frankreich, Deutschland, USA) fortzusetzen. Er hat die natürlichen Ressourcen des Landes der EU zur Verfügung gestellt, vor allem die Lithiumvorkommen, und sich damit das Wohlwollen der geopolitisch weiterhin pragmatisch und transaktional agierenden EU erkaufte. Als Gegenleistung bekommt er weiterhin freie Hand bei der Absicherung seiner Herrschaft im Inneren. Während die EU ihre Politik der Stabilitokratie fortsetzt, schreitet die Autokratisierung im Land voran. Zu dieser Strategie von Vucic gehört auch, dass die Beziehungen zu China weiterhin stark und exponiert ausgebaut werden. China bleibt konstant der stärkste Investor in Serbien und kann auch seine politische Strahlkraft erhöhen. Russland wird im Zuge des Waffenstillstands und des anschließenden eingefrorenen Konflikts in der Ukraine in der internationalen Staatengemeinschaft teilweise rehabilitiert und kann sich auch stärker am Westbalkan behaupten.

Der geopolitische Marktplatz Westbalkan bleibt somit bestehen, wobei die EU trotz des Festhaltens am Erweiterungsprozess weiterhin an Anziehungskraft verliert und die anderen Akteure dementsprechend sukzessive stärker werden. Ungarn und der immer stärker werdende Block autoritärer Staaten und politischer Parteien innerhalb der EU, die sich am rechten Rand befinden und die liberale Demokratie herausfordern, bilden neue Allianzen mit ihren Partnern außerhalb der EU. All dies führt zu einer weiteren Schwächung und Erosion des EU-Erweiterung Prozesses.

In Bosnien konnte Milorad Dodik sein politisches Überleben mit einigen kleineren Zugeständnissen sichern. Die EU setzt auch hier auf das Abwarten von Reformen, die nur inkrementell erfolgen und das Land nicht entscheidend in Richtung EU voranbringen. Der ethnopolitische Wettbewerb innerhalb des Landes setzt sich fort, wobei jede Seite geopolitisch sehr pragmatisch agiert und die bestehenden Allianzen vertieft - die Bosniaken mit der aufstrebenden Regionalmacht Türkei, die Serben mit Russland und in wirtschaftlicher Hinsicht mit China, alle Völker und Institutionen auch mit der EU, insbesondere dort, wo man sich von den EU-Staaten profitable und opportune Wirtschaftsprojekte und Investitionen verspricht, wie zum Beispiel im Bereich des Bergbaus.

Szenario 2: Neues geopolitisches Kampffeld, in dem langfristig China und Russland gewinnen

Die EU bleibt transaktional und wird zunehmend zwischen Russland, China und ihren Partnern auf der einen Seite und einer kompetitiv autoritären USA zerrieben. In vielen Staaten der EU übernehmen rechte und autoritäre Kräfte die Macht vor allem in Deutschland mit der AfD in der Regierung und in Frankreich, wo der Kandidat der rechten Front National der neue Präsident wird. Die normative Kraft der EU wird damit vollends eingebüßt.

Im Gegensatz dazu engagiert sich China immer stärker in der Region und tritt wirtschaftlich und politisch immer aggressiver auf. Das erstarkte Russland setzt nach der Eroberung der Ukraine darauf, die eigene Macht- und Einflussosphäre in ganz Ost- und Südosteuropa abzusichern, was sich auf dem Balkan in anhaltender Desinformation, Geheimdienstaktivitäten, aber auch in offener Konfrontation mit westlichen Strukturen niederschlägt. Dies betrifft vor allem die Beziehung zwischen Kosovo und Serbien, wo Russland Serbien ermutigt, militärisch gegen den Norden des Kosovo vorzugehen. Dies führt zu einer regionalen Explosion der Konflikte. Lokale Proxies von Moskau setzen zwecks Machterhalt (Ablenken von Protesten, Kritik etc.) auf Eskalation: vor allem in Bosnien durch Desinformation und Geheimdienste - begrenzte Konflikte brechen zwischen Serbien und Kosovo und Bosnien aus.

Die NATO muss reagieren, was zu einer neuen Front auf dem Westbalkan führt. Die gesamte Region rutscht in die Autokratie ab, China und Russland etablieren sich stärker und konfrontieren den Westen. Serbien tritt der BRICS-Gruppe bei. Die Trump-Administration wendet sich vom Balkan ab, zieht die Truppen aus der NATO ab und hinterlässt dadurch ein Sicherheitsvakuum, das die EU nicht so schnell füllen kann. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit anhaltender und tiefgreifender Konflikte, die von der EU, die weiterhin damit beschäftigt ist, ihre Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten auszubauen und die Aggressivität Russlands einzudämmen, nicht kontrolliert werden können. Der Balkan bleibt dadurch eine weiterhin enorm unsichere und zunehmend autoritär regierte Konfliktregion in Europa.

Szenario 3: Starke EU & Wandel in Serbien und Bosnien-Herzegowina

Die neue serbische Regierung bereitet das Land auf seine ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2034 vor. Dieser Schritt steht am Ende eines turbulenten Jahrzehnts, das geprägt war von Aufrüstung, einer geopolitischen Neuorientierung als eigenständiger strategischer Akteur und von einem wirtschaftlichen Wiedererstarken Europas.

Im Gefolge wiederholter Vertragsverletzungsverfahren verhängte die EU empfindliche Strafen gegen Ungarn. Nachdem die Ukraine den Transit von russischem Erdöl beendet und die TurkStream-Gaspipeline zerstört hatte, und auch Kroatien keinen Import bzw. Transit russischer Energieträger mehr zuließ,

gerieten Serbien und Ungarn in eine schwere Energie- und Wirtschaftskrise. Landesweite Proteste gegen Korruption und Inkompetenz in beiden Staaten nahmen stark zu. Ungarns Premierminister Orbán verlor sein Amt an die Opposition. Serbiens Präsident Vučić hatte seinen stärksten Fürsprecher in der EU verloren, und sah sich stattdessen einer überaus skeptischen neuen ungarischen Regierung gegenüber. Aufgerüttelt durch den teilweisen Rückzug der USA aus Europa, belebten die EU-Staaten ihre Rüstungsindustrie wieder, weiteten ihre Unterstützung für die Ukraine massiv aus und trugen zur endgültigen Erschöpfung des russischen Militärs bei. Unter Beteiligung der EU, der USA, der Türkei und Chinas handelten die Ukraine und Russland ein Ende des Krieges aus, das Russland neue Gebiete und der Rest-Ukraine die Mitgliedschaft in der EU und der NATO brachte. Die Energiebeziehungen zwischen Europa und Russland wurden nicht wieder aufgenommen. Moldawien erreichte die Wiedereingliederung Transnistriens und trat ebenfalls der EU und der NATO bei. Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei haben sich deutlich verbessert, und es wurde eine intensive Zusammenarbeit zur Bewältigung der Herausforderungen im Nahen Osten und im Südkaukasus eingeleitet. Präsident Vučić sah sich zunehmend isoliert, konnte seine Zusammenarbeit mit der Ukraine nicht mehr als Verhandlungshebel einsetzen und fand keine ausländischen Geldgeber.

Schließlich sahen sich sowohl Vučić als auch die serbische Regierung 2027 zum Rücktritt gezwungen. Neuwahlen brachten Kandidat:innen der Opposition in das Präsidentenamt und die von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Regierung. Serbien sagte ein zuvor geplantes Referendum über einen Beitritt zur sogenannten BRICS-Gruppe ab. Stattdessen folgten Reformen im Eiltempo und die Eröffnung der meisten Kapitel in den Beitrittsverhandlungen zur EU. Nach zielstrebigem und effizienter Arbeit auf beiden Seiten trat Serbien 2032 der EU bei.

Auch aufgrund des unerwarteten Drucks der neuen serbischen Regierung gab die Republika Srpska innerhalb Bosnien-Herzegowinas ihre secessionistischen Bemühungen sehr bald auf. Ihr Präsident Milorad Dodik, der zuvor nach Serbien geflohen war, wurde 2028 verhaftet und nach Bosnien und Herzegowina ausgeliefert, um sich dort wegen strafrechtlich relevanter Verfassungsbrüche vor Gericht zu verantworten. Nach erfolgreichen Verfassungsreformen trat Bosnien und Herzegowina Anfang 2034 als letzter Staat des Westbalkans der EU bei. Nachdem die 2027 neu gebildete serbische Regierung Kompromissvorschläge der EU zum Kosovo akzeptiert hatte, hatte sich die Sicherheitslage beruhigt und die europäische Integration war auch hier bereits gelungen.

BIBLIOGRAPHY

- ARD (2025a). Friedenstruppen für die Ukraine - wer will was?. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/friedenstruppen-ukraine-100.html>.
- ARD (2024b). Merz wiederholt "Taurus"-Versprechen in Kiew. ARD. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/merz-ukraine-108.html>
- Baerbock, A. (2023). Außenministerin Baerbock zur Zukunft der deutschen Chinapolitik. Youtube. https://www.youtube.com/watch?v=btXg54MQ_I0. abgerufen
- BBC (2017). Trump worries Nato with 'obsolete' comment". BBC. <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-38635181>.
- Becker M. (2024). Trump macht eine Politik von Mann zu Mann. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/handelskrieg-jean-claude-juncker-ueber-erfolgreiche-verhandlungen-mit-donald-trump-a-ec49b7c0-fa84-4adf-870d>.
- Boy A-D. et al. (2025). Gipfeltreffen zur Ukraine in Paris: Europas Woche der Wahrheit. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/ausland/gipfeltreffen-zur-ukraine-in-paris-europas-woche-der-wahrheit-a-60d568b2-6622-4e9d-8921-a5d5f19eb2a3>.
- CDU/CSU (2025). Politikwechsel für Deutschland – Wahlprogramm von CDU und CSU, CDU und CSU.
- Destatis (2025). Pressemitteilung Nr. 063 vom 19. Februar 2025. Destatis. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/02/PD25_063_51.html#:~:text=Vereinigte%20Staaten%20wichtigster%20Abnehmer%20deutscher%20Exporte&text=Demgegen%C3%BCber%20standen%20Importe%20aus%20den,63%2C3%20Milliarden%20Euro.
- Deutschlandfunk (2024). Scholz: „Als deutscher Kanzler werde ich keine Soldaten in die Ukraine entsenden. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/scholz-als-deutscher-kanzler-werde-ich-keine-soldaten-in-die-ukraine-entsenden-100.htm>.
- Die Zeit (2025). Bundesregierung hält Debatte über Entsendung von Truppen für verfrüht. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-02/ukraine-friedenstruppen-bundeswehr-bundesregierung-debatte-verfrueht>.
- Donada E. (2024). Emmanuel Macron veut-il partager le pouvoir de dissuasion nucléaire français avec l'Union européenne ? Libération. https://www.liberation.fr/checknews/emmanuel-macron-veut-il-partager-le-pouvoir-de-dissuasion-nucleaire-francais-avec-lunion-europeenne-20240204_A3EZNMQW4FD73EP4PTQGKJKOKY/.
- Draghi M (2024). The future of European competitiveness. Europäische Kommission. https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en.
- Ducourtieux C. (2025). A Londres, les Européens à la recherche d'un plan de paix pour l'Ukraine. Le Monde. https://www.lemonde.fr/international/article/2025/03/03/a-londres-keir-starmer-defend-un-plan-de-paix-franco-britannique-pour-l-ukraine_6574470_3210.html.
- Emendörfer J. (2021). Streitfall Nord Stream 2: Was Sie über das Milliardenprojekt wissen sollten. RND. <https://www.rnd.de/wirtschaft/nord-stream-2-was-sie-ueber-das-milliarden-projekt-wissen-sollten-EWZ2H6J2S5HKJGDH34X7IA45H>.
- Europäische Kommission (2025). Press statement by President von der Leyen on the defence package. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/sv/statement_25_673.
- Europäisches Parlament (2024). Draghi to MEPs: "Europe faces a choice between exit, paralysis, or integration". <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240913IPR23903/>

draghi-to-meps-europe-faces-a-choice-between.

- FAZ (2024). Fachleute warnen vor neuen Gas-Abhängigkeiten“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/fluessiggas-aus-usa-und-katar-experten-warnen-vor-gas-abhaengigkeiten-19468404.html>.
- FAZ (2025). Scholz lehnt gemeinsame EU-Schulden für Rüstung ab. <https://www.faz.net/aktuell/politik/olaf-scholz-lehnt-bei-eu-gipfel-gemeinsame-schulden-fuer-ruestung-ab-110274413.html>.
- Financial Times (2025). Germany's Friedrich Merz plans 'double bazooka' for defence and infrastructure. <https://www.ft.com/content/1996c71b-f591-4bfd-b9ad-4d5671a2963a>.
- Focus (2023). US-Kongress schiebt Trump vorzeitig Riegel vor. Focus. https://www.focus.de/politik/ausland/us-wahl/nato-austritt-nahezu-unmoeglich-us-kongress-schiebt-trump-vorzeitig-riegel-vor_id_259500281.html.
- Fokken, S., 2023. Deutsche Politiker üben scharfe Kritik an Macrons China-Aussagen. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/ausland/china-politik-scharfe-kritik-an-emmanuel-macron-nach-distanzierung-von-usa-a-61571aa0-5a38-443e-a371>.
- France 24, 2025. Les alliés européens se montrent unis, Paris et Londres évoquent une trêve partielle en Ukraine. France 24. <https://www.france24.com/fr/europe/20250303-les-alli%C3%A9s-europ%C3%A9ens-se-montrent-unis-paris-et-londres-%C3%A9voquent-une-tr%C3%A9ve-partielle-en-ukraine>.
- Fritz S. (2025). Von der Leyen will an der Schuldenschraube drehen. ARD. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-verteidigung-gipfel-102.html>.
- Garrat-Valcarcel R. & Segauens N. (2025). Sur l'Ukraine et la sécurité en Europe, la France « peut jouer un rôle central », selon François Bayrou, Le Monde. https://www.lemonde.fr/politique/article/2025/03/04/sur-l-ukraine-et-la-securite-en-europe-la-france-peut-jouer-un-role-central-selon-francois-bayrou_6576149_823448.html.
- Geinitz C. & Pennkamp J. (2024). Was wird die erste Maßnahme einer CDU-Regierung, Herr Linnemann?“. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/cdu-nach-ampel-aus-carsten-linnemann-ueber-zukuenftiges-programm-110096571.html>.
- Götze D. & Sorge N-V. (2022). Warum die FDP das Verbrenner-Aus kippen will. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/auto/eu-vorschlag-fuer-ein-verkaufsverbot-ab-2035-warum-die-fdp-das-verbrenner-aus-kippen-will-a-80ca9d24-4785-4129-8ca0-1a0a0fd19983>.
- Huchzermeier D., Köster B. & Schrinner A. (2025). Bundesrepublik vor längster Rezession der Geschichte. Handelsblatt. <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/konjunktur-bundesrepublik-vor-laengster-rezession-der-geschichte/100087951.html>.
- Jaeger M., Lohse E., Schäfers M. & Mussler W. (2025). "Was Sie über das Finanzpaket von Union und SPD wissen müssen. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/union-und-spd-wollen-hunderte-milliarden-schulden-was-sie-jetzt-wissen-muessen-110336440.html>.
- Janson M. (2024). Motor der deutschen Wirtschaft stottert seit Jahren. <https://de.statista.com/infografik/28510/produktionsindex-des-produzierenden-gewerbes-in-deutschland>.
- Letta E. (2024). Much more than a market – Speed, Security, Solidarity Empowering the Single Market to deliver a sustainable future and prosperity for all EU Citizens.
- Lunday C. (2025). Europe should brace for Trump to end NATO

- protection, Germany's Merz warns. Politico. <https://www.politico.eu/article/europe-brace-us-trump-end-nato-germany-friedrich-merz-election/>.
- Macron E. (2020). Discours du Président Emmanuel Macron sur la stratégie de défense et de dissuasion devant les stagiaires de la 27ème promotion de l'école de guerre. Elysée. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/02/07/discours-du-president-emmanuel-macron-sur-la-strategie-de-defense-et-de-dissuasion-devant-les-stagiaires-de-la-27eme-promotion-de-lecole-de-guerre>.
 - Macron E. (2024). Rede des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron über Europa. <https://www.elysee.fr/de/emmanuel-macron/2024/04/24/europa-rede>.
 - Major C., Masala C., Mölling C. & Puglierin J. et al. (2025), Wie ein neuer Krieg in Europa noch zu verhindern ist. <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-ein-sofortprogramm-gegen-die-ausweitung-des-krieges-a-98528458-9eb0-4584-8656-c02372b65bca>.
 - Meiritz A., Reimann A. & Weiland A. (2017). Merkels Bierzeltrede – Jeder Satz ein Treffer. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-das-bedeutet-ihre-bierzelt-rede-ueber-donald-trump-a-1149649.html>.
 - Merz F. (2025). Merz, Scholz, Weidel, Habeck und die weiteren Spitzenkandidaten zum Ausgang der Bundestagswahl. Phoenix. <https://www.youtube.com/watch?v=hsmkyrEbhlk>.
 - Ricard P. (2025). Les propos de Macron sur l'envoi de troupes alliées en Ukraine ont semé la confusion entre les Occidentaux, au moment où les Européens tentent de s'organiser. Le Monde. <https://www.lemonde.fr/idees/article/2024/>.
 - Ross J. & Téterchen N. (2024). Frankreichs Für einen europäischen Plan B bleibt die deutsch-französische Kooperation alternativlos. DGAP. Berlin: DGAP. https://dgap.org/system/files/article_pdfs/22-DGAP-MEMO-US2024_Jacob_DE.pdf.
 - Roßbach H. (2025). Scholz will, dass Europa wettbewerbsfähiger wird. SZ. <https://www.sueddeutsche.de/politik/scholz-von-der-leyen-brief-eu-wettbewerb-e-autos-li.3175660>.
 - Scholz O. (2022). Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>.
 - SPD (2025). Regierungsprogramm SPD.
 - Sullivan K. (2024). Trump says he would encourage Russia to 'do whatever the hell they want' to any NATO country that doesn't pay enough. CNN. <https://edition.cnn.com/2024/02/10/politics/trump-russia-nato/index.html>.
 - The Economist (2019). Emmanuel Macron warns Europe: NATO is becoming brain-dead. The Economist. <https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead>.
 - The Economist (2023). Is Germany once again the sick man of Europe? The Economist. <https://www.economist.com/leaders/2023/08/17/is-germany-once-again-the-sick-man-of-europe>.
 - Tusk D (2024). X. https://x.com/donaldtusk/status/1852701257267318972?t=eR0c2_jmbAJ8Y3ti19h-vRQ&s=19. abgerufen.
 - Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Kommission (2023). Europäischer Ansatz für wirtschaftliche Sicherheit in der EU, Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Kommission. https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-ansatz-fur-wirtschaftliche-sicherheit-der-eu-2023-06-20_de.

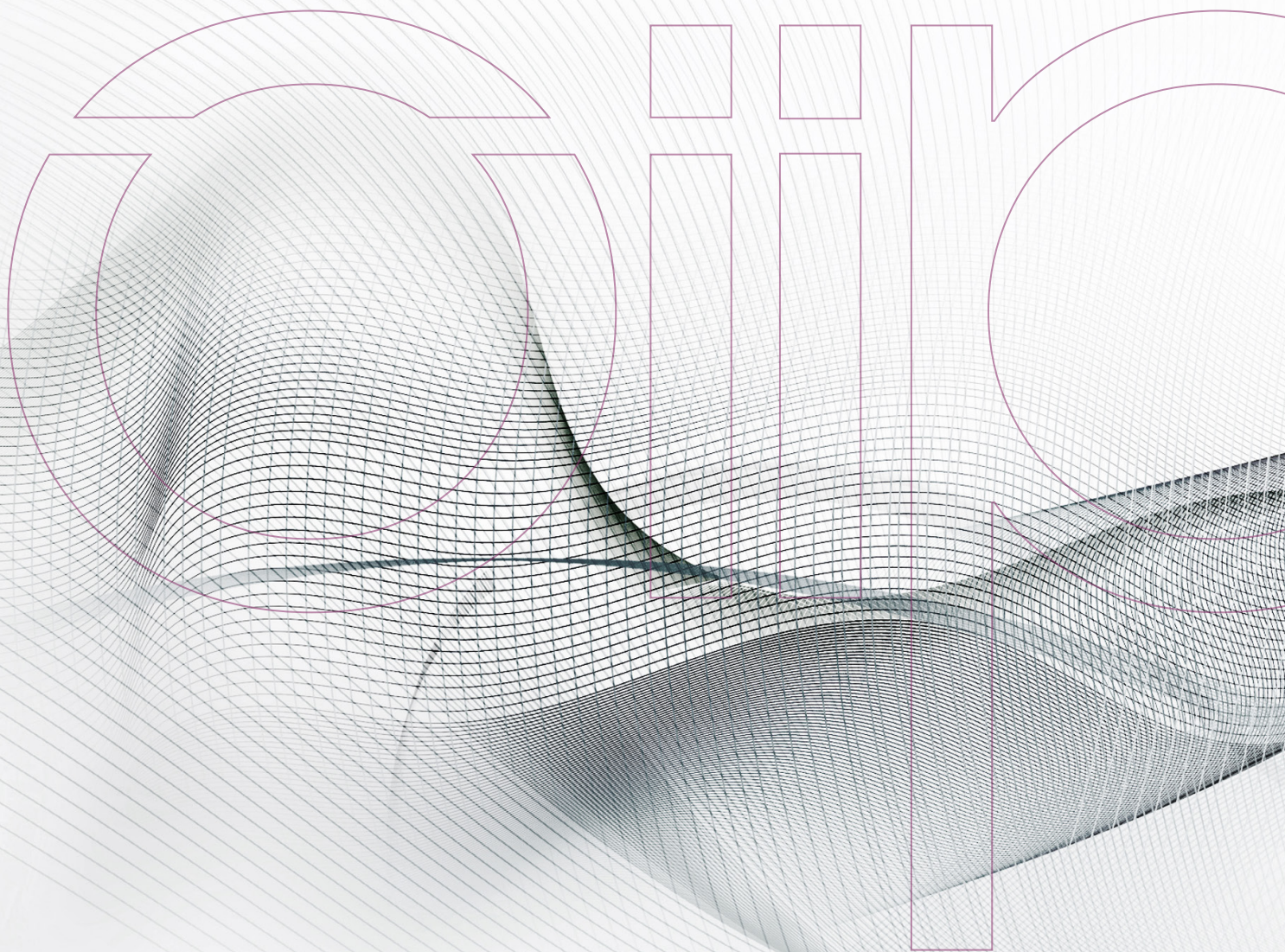
- Wiegel M. (2023). Der unzeitgemäße Präsident. FAZ. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/frankreich-in-der-krise-macron-ist-ein-unzeitgemaesser-praesident-18816496.html>.
- Wiethaus M. (2024). Germany First: Merz's plans to rebrand German foreign policy. Oiip. <https://www.oiip.ac.at/publikation/germany-first-merzs-plans-to-rebrand-german-foreign-policy/>.
- ZDF (2024). Deutschland als unzuverlässiger Europäer?. ZDF. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-german-vote-deutschland-fdp-lieferkettengesetz-100.html>.

IMPRESSUM:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
Austrian Institute for International Affairs
A-1090 Vienna, Währinger Straße 3/12,
www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at

Copyright © 2025

www.oiiip.ac.at



Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute
for International Affairs